

Finanzaufsicht: Lebensversicherern drohen Kapitallücken

Bonn. Deutschen Lebensversicherern drohen nach Einschätzung der Finanzaufsicht Bafin wegen der Niedrigzinsen in einigen Jahren erhebliche Kapitallücken. Zwar hätten in einer Überprüfung zum Jahresende 2013 fast alle der 87 deutschen Lebensversicherer die Anforderungen für den Einstieg in die unter dem Namen „Solvency II“ bekannten neuen Kapitalregeln erfüllt, teilte die Bafin gestern mit. Allerdings sei dies eine Momentaufnahme. „Dauert die Niedrigzinsphase weiter an, müssen die Unternehmen in der 16-jährigen Übergangsphase erhebliche Anstrengungen unternehmen, um ihre Kapitalbasis zu stärken“, sagte der Chef der Versicherungsaufsicht, Felix Hufeld. *dpa*

Mehr Werbung im Saarland für Spätstart von Berufsausbildung

Saarbrücken. Im Saarland sollen mehr junge Erwachsene zwischen 25 und 34 Jahren, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, für eine solche Qualifizierung gewonnen werden. Die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit (BA), die Handwerkskammer sowie die Industrie- und Handelskammer des Saarlandes haben sich darauf verständigt, verstärkt für die Initiative „Ausbildung wird was – Spätstarter gesucht“ zu werben. Eine entsprechende Absichtserklärung sei unterzeichnet worden, teilte die BA-Regionaldirektion gestern mit. Seit Start des bundesweiten Programms vor einem Jahr haben rund 600 25- bis 34-jährige Saarländer eine Weiterbildung begonnen, die zu einem Berufsabschluss führt. *red*

Anzeige

SZ-EURO-JAGD



Zählen und gewinnen!
0137 - 82 22 75 0
50 Cent aus dem dt. Festnetz, Mobilfunk abweichend

Mit neuer Heizung Steuern sparen

Regierung will energetische Gebäudesanierung stärker fördern

Hauseigentümer, die in neue Heizungen oder Wärmedämmung investieren, sollen ihre Ausgaben künftig nun doch von der Steuer absetzen können. Das sehen Pläne der Bundesregierung vor.

Von SZ-Korrespondent
Werner Kolhoff

Berlin. Schon seit langem fordern Verbände, dass es bei der energetischen Gebäudesanierung entschlossener vorgehen muss. Denn bei knapp ein Prozent Erneuerungsquote im Jahr dauert es noch 100 Jahre, bis der Bestand modernisiert ist. Jetzt könnte es schneller gehen. Um ihre Umweltziele zu erreichen, will die Bundesregierung doch die umstrittene steuerliche Absetzbarkeit der Investitionen einführen. Dämmung und Isolierfenster könnten bald zum beliebten Steuersparmodell werden.

In dem „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (Nape)“ des Wirtschaftsministeriums, der unserer Zeitung im Entwurf vorliegt, wird die Gebäudesanierung zum zentralen Instrument erklärt, um die Effizienzziele zu erreichen. Das Mittel der Wahl soll die steuerliche Absetzbarkeit sein. Schon 2015 soll sie beginnen und fünf Jahre dauern. Jährlich werden eine Milliarde Euro Steuer-Mindererinnahmen veranschlagt.

Eine ähnliche Idee der schwarz-gelben Vorgängerregierung war am Widerstand der SPD-regierten Länder gescheitert. Sie verlangten Kompensation für die Steuerausfälle. Erst letzte Woche hatte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) diesen Standpunkt erneuert. Doch ist die Ausgangslage jetzt anders. Erstens kommt der Vorstoß von SPD-Chef und Vizekanzler Sigmar Gabriel. Außerdem ist Geld da. Erst kürzlich hatte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) angekündigt, bis 2018 zehn Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen bereitzustellen. Ein Teil davon könnte bei der Gebäudesanierung eingesetzt werden. Von der steuerlichen Absetzbarkeit verspricht er sich eine „erhebliche Hebel-



Eine Wärmebildkamera macht sichtbar, dass dieses Haus viel Wärme nach außen abgibt. FOTO: HENSEL/DPA

wirkung“, auch mit Blick auf die Konjunktur, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Hubertus Heil. Die Ausfälle der Länder müsse der Bund tragen.

Dem anderen Einwand aus der SPD, dass diese Art der Förderung unsozial sei, will Gabriel durch die Ausgestaltung begegnen: Hauseigentümer können die Aufwendungen direkt von ihrer Steuerschuld abziehen, zehn Jahre lang jährlich zehn Prozent. Der Vorteil wäre dadurch nicht progressionsabhängig.

◆ MEINUNG

Besser spät als nie

Von SZ-Redakteur
Volker Meyer zu Tittingdorf

Manchmal ist eine große Koalition doch zu etwas nütze. Hauseigentümer sollen endlich ihre Investitionen in neue Heizungen und bessere Wärmedämmung von der Steuer absetzen können. Zu Zeiten von Schwarz-Gelb hatten die SPD-

Für Hausbesitzer, die von steuerlichen Abschreibungen wenig haben, zum Beispiel Rentner, will Gabriel andere Anreize schaffen: Die KfW-Kreditförderprogramme sollen von 1,7 auf zwei Milliarden Euro pro Jahr aufgestockt werden. Darunter sollen auch 300 Millionen sein, die direkt als Zuschüsse etwa für neue Heizungen fließen können. Und neue Gebäude sollen ab 2016 als „Niedrigenergiehaus“ errichtet werden müssen. Beim Verkehr will die Regierung die Lkw-Maut künftig verbrauchsabhängig gestalten

und die Anschaffung von elektrisch angetriebenen Firmenwagen steuerlich fördern.

Gabriel's Effizienzprogramm ergänzt das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ von Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD). Beide Papiere sollen am 3. Dezember im Kabinett verabschiedet werden. Hendricks geht es darum, den Kohlendioxid-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu vermindern. Nach derzeitigem Stand würde das um fünf bis acht Prozentpunkte verfehlt, vor allem, weil wieder viel Kohlestrom produziert wird. Hier jedoch hat sich offenbar Gabriel durchgesetzt. Es sollen nicht, wie Hendricks forderte, Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Vielmehr will die Regierung sich dafür einsetzen, europaweit den Emissionshandel durch eine Verknappung der CO₂-Zertifikate wieder flottzumachen. Der Markt soll es dann richten. Grünen-Umweltexpertin Bärbel Höhn zeigte sich skeptisch: Derartiges würden die Mehrheitsverhältnisse auf EU-Ebene verhindern. Das Programm enthalte viele „Luftbuchungen“ und werde das Ziel nicht erreichen.

Deutsche Haushalte verbrauchen mehr Energie

Wiesbaden. Allen Sparanstrengungen zum Trotz: Der Verbrauch von Haushaltsenergie ist im vergangenen Jahr erstmals seit 2005 wieder gestiegen. Die Bundesbürger verbrauchten – bereinigt um Temperaturschwankungen – 3,9 Prozent mehr Energie als im Jahr zuvor, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Am stärksten kletterte der Verbrauch von Heizenergie (plus 4,6 Prozent) und

Warmwasser (plus 3,9 Prozent). Hauptgrund: Die Zahl der Haushalte ist gestiegen, weil mehr Menschen allein leben. Der Energieverbrauch bei Hausarbeiten wie Kochen, Waschen oder Bügeln nahm um 5,5 Prozent zu. Fernseh schauen, Surfen im Internet oder Telefonieren kostete 5,5 Prozent mehr Strom. Der Grund: mehr elektrische Geräte, die oft länger genutzt werden. *dpa*

Regierung beschließt Schutzgesetz für Kleinanleger

Berlin. Mehr Informationen für Anleger, Werbeverbote und Warnhinweise für Geldanlagen sowie eine stärkere Aufsicht – auf dem bisher kaum regulierten „Grauen Kapitalmarkt“ herrschen künftig schärfere Regeln. Die Bundesregierung beschloss gestern das Kleinanlegerschutzgesetz, mit dem Verbraucher besser vor hochriskanten und unseriösen Finanzprodukten geschützt werden sollen. Dazu müssen Anbieter und Vermittler mehr, bessere und aktuellere Informationen zu Anlagen in ihren Verkaufsprospekten veröffentlichen. Die Prospektspflicht wird auf alle Vermögensanlagen ausgedehnt. Ausnahmen gibt es für das Sammeln klei-

nerer Beträge per Internet, Finanzspritzen für soziale und gemeinnützige Projekte sowie Genossenschaften. Wer gegen die Informationspflichten verstößt, dem droht ein Vertriebsverbot.

Vorgesehen sind auch Werbebeschränkungen für Produkte des „Grauen Marktes“ wie Genusscheine oder Direktdarlehen. Öffentliche Werbung etwa in Bussen und Bahnen oder auf Plakaten ist nicht mehr zulässig. In Medien muss die entsprechende Werbung künftig mit einem klaren Warnhinweis vor Verlustrisiken versehen werden. Die Finanzaufsicht Bafin erhält mehr Befugnisse und kann Angebote bei Verstößen untersagen. *dpa*

Landtag kritisiert Fischzucht

Fraktionen bezeichnen Entwicklung in Völklingen als Desaster

Zwar kritisieren die Abgeordneten die Fischzucht in Völklingen, wirtschaftliche Betätigung der Kommunen soll aber weiterhin möglich sein.

Von Joachim Wollschläger
und Doris Döpke (SZ)

Saarbrücken/Völklingen. Mit heftiger Kritik haben gestern Abgeordnete aller Fraktionen die Meeresschichtzucht in Völklingen überzogen. Von einem Millionen-Desaster war ebenso die Rede wie von einem Scherbenhaufen in Völklingen.

Im Zentrum der Kritik standen dabei Völklingens Oberbürgermeister Klaus Lorig (CDU) und der Stadtwerke-Geschäftsführer und ehemalige Bürgermeister Jochen Dahm. Über Jahre hätten sich massive Probleme bei der Meeresschichtzucht aufgestaut – seien es Bauverzögerung, Finanzierungsprobleme, Schwierigkeiten bei der Investorensuche oder fehlende Schlachtung, sagte gestern die SPD-Abgeordnete Christiane Blatt. „Fakt ist, all diese Probleme wurden immer wieder von Geschäftsführer Dahm und Oberbürgermeister Lorig runtergespielt“, sagte sie. Diese hätten damit eine Entwicklung getragen, die zu einem Ansehensverlust kommunaler Unternehmen in ganz Deutschland geführt habe.

Auch Linken-Abgeordnete Astrid Schramm sieht massive Versäumnisse bei Dahm und Lorig, wie in der ganzen Völklinger CDU. Es sei einfach „unvorstellbar“, dass seit 2012 für die Fischzucht und die Stadtwerke keine Bilanz mehr aufgestellt wurde. Ein Skandal sei aber auch, dass die Fischzucht nie nach den Vorschriften des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) genehmigt worden war. „Offensichtlich hat es niemand in der Landesregierung interessiert, dass hier wirtschaftliche Betätigung außerhalb der Daseinsvorsorge erfolgte“, sagte sie. Das KSVG war erst später durch den Paragraphen 118,2, die sogenannte „Lex Fischzucht“, ergänzt worden, der Kommunen eine weitergehende wirtschaftliche Betätigung erlaubte.

Genau diesen Paragraphen wollten die Grünen mit einem Antrag im Landtag wieder aufheben lassen – und haben damit die Debatte angestoßen. Klaus Kessler sagte in seiner Begründung, dass das Millionendesaster bei der Fischzucht zeige, dass die Freigabe der falsche Weg sei. Der Paragraph öffne Kommunen Tür und Tor für

weitere hochriskante Projekte.

Roland Theis von der CDU stimmte zwar zu, dass die Fischzucht keine gute Entwicklung genommen hat, einer Rücknahme des Paragraphen wollte er aber ebenso wie SPD und Linke nicht zustimmen, weil ohne dieses Gesetz beispielsweise ein Projekt wie der Center



Klaus Lorig



Jochen Dahm

Park am Bostalsee nicht möglich gewesen wäre.

Andreas Augustin von den Piraten kritisierte zwar die Entwicklung der Fischzucht, allerdings sei es nötig, solche Pilotprojekte auch in Zukunft auf den Weg zu bringen. Nur so sei Innovation möglich. Unterdessen hat der Völklinger Stadtrat einen Übergangs-Manager für die Stadtwerke Holding sowie einen Gutachter für die Fischzucht bestellt. Beide kommen von der Bremer Unternehmensberatung FMC. Christian Glaser soll zunächst für drei Monate die Geschäftsführung der Stadtwerke Holding übernehmen. Sein Kollege Sven Gless soll bis Ende Dezember ein Gutachten erstellen, ob die Fischzucht wirtschaftlich überhaupt tragfähig ist.

NACHRICHTEN

Saar-Versorger Enovos startet Windpark

Schiffweiler/Neunkirchen. Ihren ersten, in Eigenregie errichteten Windpark hat gestern das Saarbrücker Energieunternehmen Enovos Renewables offiziell in Betrieb genommen. Drei von fünf geplanten Windkraftanlagen an der B 41 auf der Höhenlage zwischen Neunkirchen und Ottweiler liefern bereits seit Oktober Strom, zwei weitere werden nächstes Jahr folgen. Die Windkraftanlagen werden in Neunkirchen-Wellesweiler von Vensys Energy produziert. Der Park mit einer Leistung von 12,5 Megawatt soll 28 Millionen Kilowattstunden Energie pro Jahr produzieren. Knapp 8000 Haushalte können dann mit Strom versorgt werden. *hek*

Zwischen Mutterglück und Jobstress

Illingen. Die Autorinnen Sonja Liebsch und Nives Mestrovic schildern heute Abend, 19 Uhr, in der Illinger Illipse (Burgweg 4) ihre Erfahrungen zwischen Mutterglück und Jobstress. Sie lesen aus ihrem Buch „Muttertier @n Rabenmutter“. Darin erzählen die beiden Freundinnen von ihren Erlebnissen als Berufsrukehrerinnen und Mütter. Organisiert wird die Veranstaltung von der Agentur für Arbeit Saarland und der Gemeinde Illingen. *red*

China-Tag der Saar-LB für Unternehmer

Saarbrücken. Wie können saarländische Unternehmen auf dem chinesischen Markt Fuß fassen? Was müssen sie dabei beachten? Diese Fragen will die Saar-LB am Freitag, 14. November, 10 Uhr, in Saarbrücken (Ursulinenstraße 2) anlässlich ihres China-Tages beantworten, wie die Landesbank gestern mitteilte. Die Saar-LB bietet den Informationstag gemeinsam mit der Bank of China Ltd. Frankfurt an. *red*

• Anmeldung zum China-Tag der Saar-LB unter E-Mail martin.eigner@saarlb.de

Forum in Lebach zu Existenzgründung

Saarbrücken/Lebach. Ist Existenzgründung eine echte Alternative zur abhängigen Beschäftigung und zur Arbeitslosigkeit? Wie können persönliche Risiken abgesichert werden? Welche Fördermöglichkeiten werden im Saarland angeboten? Diese und weitere Fragen stehen im Mittelpunkt des Arbeitskammer-Forums „Existenzgründung als Alternative?“. Die Informationsveranstaltung findet am Samstag, 15. November, von 10 bis 13 Uhr in der Stadthalle Lebach statt. Die Teilnahme ist kostenfrei. *red*

• Weitere Informationen und Anmeldung unter Telefon (0681) 40 05-239 und 40 05-246, per E-Mail unter wirtschaft.innovation@arbeitskammer.de oder im Internet www.arbeitskammer.de

Produktion dieser Seite:
Volker Meyer zu Tittingdorf
Janek Böffel

Wirtschaft
Telefon: (06 81) 5 02 22 34
Fax: (06 81) 5 02 22 39
E-Mail: wirtschaft@sz-sb.de

Team Wirtschaft:
Monika Kühborth (ika, Leiterin),
Volker Meyer zu Tittingdorf (mzt),
Thomas Sponticcia (ts),
Lothar Warscheid (lw),
Joachim Wollschläger (jwo)